

# Breit abgestützte Lösung statt Problembewirtschaftung à la SVP

**EIN ERSTER SCHRITT ZUR UMSETZUNG DER MASSENEINWANDERUNGSINITIATIVE IST GESCHAFFT: DER NATIONALRAT HAT SICH FÜR EINE LÖSUNG ENTSCHEIDEN, DIE MIT DEN BILATERALEN VEREINBAR IST. NICHTS DAZU BEIGETRAGEN HAT DIE SVP. NUN IST DER STÄNDERAT GEFRAGT. NOCH DIESES JAHR BRAUCHT ES NÄMLICH EINE LÖSUNG, UM DAS FORSCHUNGSABKOMMEN HORIZON 2020 MIT DER EU WEITERZUFÜHREN.**

Wir haben immer vor der Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung (MEI) gewarnt. Nachdem sie am 9. Februar 2014 äusserst knapp angenommen wurde, gab es für die SP stets folgende rote Linie: 1. Die MEI-Umsetzung darf die Bilateralen nicht gefährden. 2. Das inländische Potenzial an Arbeitskräften muss besser ausgeschöpft werden. 3. Der Arbeitnehmerschutz darf nicht schlechter werden. Der Kompromiss des Nationalrates vom September – der sogenannte «Inländervorrang light» – hält diese rote Linie ein. Darum hat ihm die SP auch zugestimmt. Der Fokus liegt auf dem «gesamtwirtschaftlichen Interesse», was ja auch eine Forderung der Initiative ist. Der neue Artikel 121a der Bundesverfassung wird so streng wie möglich umgesetzt, ohne die Bilateralen zu gefährden. Denn diese wurden von der Stimmbevölkerung mehrfach bestätigt.

## Rechtsunsicherheit ist Gift

Bereits im MEI-Abstimmungskampf hat die SP vor der drohenden Rechtsunsicherheit gewarnt. Die SVP behauptete damals, die Kündigung der Bilateralen sei nicht Ziel der Initiative. Heute wissen wir: Die Rechtsunsicherheit ist Tatsache. Und es droht wegen der fehlenden Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens (FZA) auf Kroatien der Wegfall des für den Forschungsstandort so wichtigen Abkommens Horizon 2020. Und wir wissen auch, dass mit der EU keine Lösung gefun-

den werden kann, die Kontingente, Höchstzahlen oder einen harten Inländervorrang enthält. Es erstaunt daher nicht, dass die SVP inzwischen von einer Kündigung des FZA spricht und die Bedeutung der Bilateralen herunterspielt. Dieser Zickzack-Kurs ist opportunistisch und unehrlich. Klar ist: Die Unsicherheit, wie sich die Beziehungen zur EU entwickeln, ist Gift für die Schweiz, Gift für unsere Wirtschaft und somit auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Diese Unsicherheit ist aber auch Gift für die Kulturschaffenden und für unseren Bildungs- und Forschungsstandort. Es muss uns grösste Sorgen machen, dass seit dem Ja zur MEI bereits die Hälfte aller Beteiligungen von Schweizer Universitäten an EU-Forschungsprojekten weggefallen ist.

## Wegfall der Bilateralen wäre fatal

Die Bilateralen ermöglichen erstens Hunderttausenden Schweizerinnen und Schweizern das freie Reisen, Studieren und Arbeiten in der EU. Zweitens ist für die Schweiz der ungehinderte Zugang zum europäischen Binnenmarkt zentral. So gehen 60 Prozent unserer Exporte in die EU. Drittens beruht unser Wohlstand stark auf der Zuwanderung aus Europa. Wir haben selber beispielsweise schlicht zu wenig Ärzte oder Ingenieure. Und viertens hängen die flankierenden Massnahmen (FLAM) zum Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen direkt am FZA. Fällt dieses

weg, entfallen auch die FLAM, was alles andere als im Interesse der Arbeitnehmenden ist.

## Fokus auf Gesamtwirtschaft

Der vom Nationalrat angenommene «Inländervorrang light» beinhaltet drei Stufen:

1. Inländische Arbeitnehmende sollen stärker gefördert werden. Die SP schlägt etwa die Intensivierung der Fachkräfteinitiative oder den Ausbau der familienexternen Kinderbetreuung vor.

2. Ab einem bestimmten Zuwanderungsschwellenwert soll für bestimmte Regionen, Branchen oder schweizweit eine Stellenmeldepflicht gelten. Die Arbeitgeber werden dabei verpflichtet, offene Stellen den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren zu melden. Bei Widersetzung droht eine Busse.

3. Der Bundesrat kann bei «schwerwiegenden sozialen und wirtschaftlichen Problemen» der EU bestimmte «Abhilfemassnahmen» vorschlagen. Diese können über das FZA hinausgehen, falls die Schweiz und die EU zustimmen. Übergeordnetes Ziel der Nationalratslösung ist es, wieder mehr Rechtsicherheit zu schaffen. Fakt ist nun mal, dass die MEI nicht strenger umgesetzt werden kann, ohne dass wir damit das FZA verletzen und eine Kündigung der Bilateralen riskieren.

## Wie geht es nun weiter?

Mit falschen Versprechungen und einer in sich widersprüchlichen Initiative hat die SVP die Schweiz in eine unmögliche Situation gebracht. Ausbaden müssen dies nun Parlament und Bundesrat. Nach dem Nationalrat berät der Ständerat den «Inländervorrang light» im Dezember. Wenn dabei die Massnahmen zur Förderung und zum Schutz der inländischen Arbeitnehmenden noch verstärkt werden, ohne das FZA zu gefährden, ist das in unserem Sinne. Wichtig ist, dass es noch in der Wintersession zu einer Schlussabstimmung kommt. Dann kann der Bundesrat die Ausdehnung des FZA auf Kroatien ratifizieren und damit auch Horizon 2020 retten.

Nadine Masshardt, Nationalrätin BE

Seit dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative ist bereits die Hälfte aller Beteiligungen von Schweizer Universitäten an EU-Forschungsprojekten weggefallen. Wird die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien in diesem Jahr nicht unterzeichnet, droht auch der Wegfall des wichtigen Abkommens Horizon 2020.

